

An die Verhandlungsdelegation der SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP / PDS zur Sondierung der zukünftigen Regierungskoalition Berlin, Oktober 2001

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Vorbereitung der diesjährigen Wahlen zum Abgeordnetenhaus haben sich die Überparteiliche Fraueninitiative "Berlin - Stadt der Frauen", der Berliner Landesfrauenrat, das Berliner FrauenNetzwerk und die bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten mit "Wahlprüfsteinen" an die einzelnen Parteien gewandt.

Nach den Terroranschlägen in New York und Washington am 11.9. 2001 wurde die geplante Veranstaltung zu den Wahlprüfsteinen mit den SpitzenkandidatInnen abgesagt und an alle Parteien erging die Bitte, Ihre Stellungnahmen schriftlich abzugeben. Dieser Bitte kamen alle Parteien nach, mit Ausnahme der CDU. Ihre Antworten zu den "Wahlprüfsteinen" sind seitdem unter der Homepage www.berlin-stadtderfrauen.de nachzulesen. Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass seit Einstellung dieser Dateien die Häufigkeit der Nutzung der Homepage immens gestiegen ist, Berlinerinnen und Berliner rufen Ihre Stellungnahmen zur Frauen- und Geschlechterpolitik in der Stadt mit hohem Interesse ab.

Trotz einiger unterschiedlicher Positionen zwischen den Parteien wird Ihrerseits übergreifend die gesellschaftliche Herausforderung, die im Wandel des Geschlechterverhältnisses liegt, als herausragende Aufgabe begriffen. Dieses sind insgesamt gute Voraussetzungen dafür, feministische und genderpolitische Zielstellungen in Berlin auch faktisch umzusetzen.

Der eindeutige Auftrag der Berliner Bevölkerung zur Regierungsbildung liegt bei der SPD, die sich bekanntermaßen in entsprechenden Sondierungsgesprächen befindet.

Wir halten fest: Jede der an der Sondierung und Koalitionsverhandlung beteiligten Parteien hat sich eindeutig für eine SENATORIN FÜR FRAUEN ausgesprochen!

In diesem Zusammenhang wurde besonders die positive Verbindung des Ressorts Frauen mit dem Ressort Arbeit hervorgehoben. Selbstverständlich sind auch andere Konstellationen denkbar, wie z.B. Frauen und Wirtschaft oder Arbeit, Soziales und Frauen. **Gleichermaßen hat sich jede Partei für eine aktive Initiierung des GENDER MAINSTREAMING-PROZESSES mit zentraler Koordination und Zielformulierung in der Frauenverwaltung ausgesprochen und hierfür die VERANTWORTUNG DES GESAMTEN SENATES anerkannt.**

Gender Mainstreaming ist und bleibt neben den klassischen Frauenfördermaßnahmen eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe, die durch entsprechende Beschlüsse des Abgeordnetenhauses vertieft, erweitert und kontrolliert wird, um sicherzustellen, dass sämtliche Maßnahmen und Gesetze auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer überprüft werden. Auch künftig hat jede Senatsverwaltung bei der Erstellung des jährlichen Haushalts Rechenschaft darüber abzulegen, in welchem Ausmaß dem gleichstellungspolitischen Auftrag der Berliner Landesverfassung faktisch Rechnung getragen wurde. Zu gewährleisten ist weiterhin, dass die Umsetzung frauen- und genderpolitischer Ziele bei der Entscheidung zur Mittelvergabe und -verwendung ein Entscheidungskriterium darstellt. Wir gehen davon aus, dass Ihre eigenen Forderungen, die vor allem in diesen Punkten auch die unserigen sind, bei den Koalitionsverhandlungen Essentials darstellen und sich Ihre Partei auch nach der Wahl den eigenen Aussagen verpflichtet fühlt. Wir wünschen Ihnen und allen gewählten Abgeordneten viel Erfolg bei der Arbeit für das Wohl unserer Stadt.

Carola von Braun
Überparteiliche Fraueninitiative "Berlin - Stadt der Frauen"

Helga Adler
Sprecherin des Berliner FrauenNetzwerks

Christine Rabe
Sprecherin der Bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Helga Korthaase
1.Vorsitzende des Berliner Landesfrauenrats